

Infolge der Dotcom-Krise und des Konjunktur einbruchs nach dem 11. September senkt die amerikanische Zentralbank Fed den Leitzins und pumpt billiges Geld in die Finanzmärkte. Bis 2004 wird der Leitzins von 6,5 Prozent auf 1 Prozent gesenkt.

In Deutschland wird der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen steuerfrei gestellt.

Der Bundesrat verabschiedet den im Vermittlungsausschuss erzielten Kompromiss zum „Gesetz zur Förderung von Kleinunternehmen“. Dadurch werden die Verbriefung von Krediten zu Wertpapieren und die Gründung von Zweckgesellschaften durch die Banken unterstützt.

Mit dem Investmentmodernisierungsgesetz werden Hedgefonds unter Auflagen in Deutschland zugelassen.

Seit 2004 hat die Fed den Leitzins kontinuierlich angehoben, Anfang 2006 steht er bei 5,25 Prozent. Die steigende Zinslast kann perspektivisch von vielen Kreditnehmern nicht mehr bedient werden.

Zu Beginn des Jahres sinkt erstmals die Zahl der in den USA verkauften alten und neuen Häuser. Die Immobilienblase platzt.

Real Estate Investment Trusts (REITs), steuerlich begünstigte und börsennotierte Immobilien-Aktiengesellschaften, werden in Deutschland zugelassen.

New Century Financial, einer der größten Hypothekendarlehenfinanzierer von Subprime-Krediten in den USA, beantragt Insolvenz.

Rating-Agenturen stufen eine Reihe von Wertpapieren, die mit Hypothekendarlehen besichert sind, herab.

Die US-Investmentbank Bear Stearns, aber auch die IKB, Sachsen LB, WestLB und BayernLB erleiden Liquiditätsgrenzen. Die KfW übernimmt am 30. Juli Kreditzusagen der IKB an amerikanische Anlagengesellschaften in Höhe von 8 Mrd. Euro.

2001

2003

2004

2006

2007

JANUAR 2007

APRIL 2007

JULI 2007

Verkauf der Sachsen LB an die Landesbank Baden-Württemberg, die Sparkassen stellen 17 Mrd. Euro an Krediten zur Verfügung.

Northern Rock, ein britischer Hypothekenfinanzierer, erleidet einen Bank-Run – Kunden räumen aus Angst vor Zahlungsunfähigkeit ihre Konten.

Die WestLB erhält von ihren Eigentümern eine milliarden-schwere Finanzspritze.

Der DAX erlebt den größten Kurseinbruch seit 2001, er fällt um 7,2 Prozent.

US-Präsident Bush unterschreibt den Economic Stimulus Act 2008, durch den die Wirtschaft unter anderem in Form von Steuererleichterungen angekurbelt werden soll. Das Paket hat einen Umfang von 150 Mrd. Dollar.

Die britische Regierung kündigt die vorübergehende Verstaatlichung von Northern Rock an.

Die Investmentbank Bear Stearns wird von JP Morgan Chase übernommen.

2008

AUGUST 2007

13. SEPTEMBER 2007

JANUAR 2008

21. JANUAR 2008

13. FEBRUAR 2008

17. FEBRUAR 2008

17. MÄRZ 2008

Indymac, größter unabhängiger Hypothekenfinanzierer in den USA, bricht zusammen. Die Bank wird unter Zwangsverwaltung gestellt.

In Deutschland tritt das Risikobegrenzungs-gesetz in Kraft.

Die US-Regierung übernimmt die Kontrolle bei Fannie Mae und Freddie Mac, den beiden größten Baufinanzierern in den USA.

Die viertgrößte Investmentbank, Lehman Brothers, meldet Insolvenz an. Die Bank of America übernimmt Merrill Lynch.

Die US-Regierung rettet den zweitgrößten Versicherer der Welt AIG und übernimmt die Konzernmehrheit

Die letzten beiden US-Investmentbanken, Goldman Sachs und Morgan Stanley, werden zu normalen Geschäftsbanken umgewandelt und somit der Aufsicht der US-Notenbank unterstellt.

Die größte Sparkasse der USA, Washington Mutual, wird von JP Morgan Chase übernommen.

11. JULI 2008

19. AUGUST 2008

7. SEPTEMBER 2008

15. SEPTEMBER 2008

16. SEPTEMBER 2008

21. SEPTEMBER 2008

25. SEPTEMBER 2008

Die deutsche Hypo Real Estate (HRE) wird durch staatliche Bürgschaften in Höhe von 35 Mrd. Euro zunächst gerettet.

Die irische Regierung bürgt mit 400 Mrd. Euro für Einlagen bei den 6 großen Banken des Landes.

In den USA tritt der Emergency Economic Stabilization Act in Kraft. Dem Finanzministerium stehen dadurch 700 Mrd. Dollar zur Verfügung, um Toxic Assets (faule Kredite) von den Finanzinstituten aufzukaufen.

Die Bundesregierung gibt eine Garantie für Spareinlagen. Die HRE braucht noch mehr Geld, die Bundesregierung bürgt mit 50 Mrd. Euro.

Island steht vor dem Staatsbankrott und nimmt das Bankgewerbe unter staatliche Kontrolle.

Das Finanzmarktstabilisierungsgesetz mit einem Rettungsfonds von 480 Mrd. Euro für die Banken wird beschlossen, der SoFFin (Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung) kann seine Arbeit aufnehmen.

Die BayernLB nimmt als erste Bank Hilfe aus dem Rettungsfonds in Anspruch.

29. SEPTEMBER 2008

30. SEPTEMBER 2008

3. OKTOBER 2008

5. OKTOBER 2008

7. OKTOBER 2008

17. OKTOBER 2008

21. OKTOBER 2008

Auch die HRE nimmt Hilfe aus dem Rettungsfonds in Anspruch.

Die KfW verkauft ihren Anteil an der IKB in Höhe von 90,8 Prozent für 115 Mio. Euro an den amerikanischen Finanzinvestor Lone Star.

EU, IWF und Weltbank sagen Ungarn Kredite in Höhe von 20 Mrd. Euro zu, um einen drohenden Staatsbankrott zu verhindern.

Commerzbank, WestLB und HSH Nordbank stellen sich ebenfalls unter den „Rettungsschirm für Banken“, wie der Rettungsfonds inzwischen genannt wird.

Die Bundesregierung beschließt das Konjunkturpaket I in Höhe von 12 Mrd. Euro.

Opel bemüht sich um eine staatliche Bürgschaft in Höhe von 1 Mrd. Euro. Die Garantie soll das Überleben des Rüsselsheimer Autobauers sichern, falls der Mutterkonzern General Motors (GM) pleitegeht. In Deutschland beginnt die Diskussion über staatliche Hilfe für notleidende Unternehmen aus der Realwirtschaft.

Auf dem G-20-Gipfel in Washington wird über Maßnahmen wie die Auflage neuer Konjunkturprogramme, eine weltweite Regelung der Finanzmärkte und die Bekämpfung von Steuerparadiesen diskutiert.

Die Landesbank Baden-Württemberg erhält von ihren Eigentümern eine Kapitalspritze von 5 Mrd. Euro.

Die chinesische Regierung legt ein Konjunkturprogramm von 1,2 Billionen Euro auf.

29. OKTOBER 2008

3. NOVEMBER 2008

5. NOVEMBER 2008

14. NOVEMBER 2008

15./16. NOVEMBER 2008

21. NOVEMBER 2008

23. NOVEMBER 2008

Die bayerische Landesregierung stützt die BayernLB mit 10 Mrd. Euro.

General Motors, Chrysler und Ford legen dem Kongress in Washington ihre Sanierungspläne vor und bitten um staatliche Darlehen in Höhe von 34 Mrd. Dollar.

Der Autozulieferer Schaeffler braucht einen kurzfristigen Kredit in Milliardenhöhe, um der Zahlungsunfähigkeit zu entgehen.

Die Commerzbank kündigt ihre Teilverstaatlichung an, der Bund wird künftig eine Sperrminorität (25 Prozent + 1 Aktie) halten.

Die Bundesregierung beschließt das 50 Mrd. Euro schwere Konjunkturpaket II, zu dem auch die Abwrackprämie für Altautos gehört.

US-Präsident Obama setzt den American Recovery and Reinvestment Act 2009 in Kraft, ein fast 800 Mrd. Dollar schweres Konjunkturprogramm.

General Motors gibt bekannt, weltweit 47.000 Arbeitsplätze zu streichen, davon 26.000 Stellen außerhalb der USA.

2009

2. DEZEMBER 2008

3. DEZEMBER 2008

12. DEZEMBER 2008

9. JANUAR 2009

13. JANUAR 2009

17. FEBRUAR 2009

18. FEBRUAR 2009

Die schwedische General-Motors-Tochter Saab stellt einen Insolvenzantrag.

Der Schaeffler-Konzern geht auf die Gewerkschaften zu. Die IG Metall unterstützt die Bemühungen um staatliche Bürgschaften, mit denen der Konzern und die Arbeitsplätze gerettet werden sollen. Dafür sollen die rund 66.000 Beschäftigten über eine Stiftung am Unternehmen beteiligt werden.

Opel gibt bekannt, dass die Firma 3,3 Mrd. Euro Hilfe braucht.

Der US-Versicherungskonzern AIG meldet das höchste Minus der Wirtschaftsgeschichte: 99,3 Mrd. Dollar Verlust.

Märklin ist pleite. Das Traditionsunternehmen mit rund 1.050 Mitarbeitern meldet Insolvenz an.

Die Arbeitslosigkeit in den USA ist so hoch wie seit 25 Jahren nicht mehr – 8,1 Prozent der Amerikaner sind ohne Beschäftigung. Die Unternehmen bauten in einem Monat 651.000 Jobs ab.

In einer Sony-Fabrik in Frankreich halten Mitarbeiter den Vorstandsvorsitzenden des Unternehmens über Nacht fest, um gegen Entlassungen zu protestieren. Der Vorgang ist der Beginn einer Reihe von „Bossnappings“.

20. FEBRUAR 2009

22. FEBRUAR 2009

27. FEBRUAR 2009

2. MÄRZ 2009

4. MÄRZ 2009

6. MÄRZ 2009

14. MÄRZ 2009

Die Bundesregierung leitet die Enteignung der HRE ein.

29. MÄRZ 2009

Der Autokonzern Daimler kündigt an, 2 Mrd. Euro Personalkosten einsparen zu wollen.

1. APRIL 2009

Der G-20-Gipfel in London beschließt ein globales 1,1-Billionen-Dollar-Konjunkturprogramm und die stärkere Regulierung der Finanzmärkte, unter anderem die Austrocknung der Steueroasen. Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich zu zügiger Umsetzung auf nationaler Ebene.

2./3. APRIL 2009

Bundespräsident Köhler unterschreibt das Banken-Enteignungsgesetz. In Ergänzung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz erlaubt es die vollständige Übernahme von Banken durch den Staat, notfalls durch Enteignung der bisherigen Anteilseigner.

8. APRIL 2009

Der Internationale Währungsfonds (IWF) beziffert die weltweiten Verluste durch faule Kredite und Ramschpapiere auf mehr als 4 Billionen Dollar (3 Billionen Euro).

21. APRIL 2009

Wirtschaftsinstitute und der IWF prognostizieren ein Schrumpfen der deutschen Volkswirtschaft um 6 Prozent im Jahr 2009.

22. APRIL 2009

Die einst größte Bank der Welt, die amerikanische Citigroup, wird teilverstaatlicht.

27. APRIL 2009

Die Deutsche Bank erzielt im ersten Quartal 2009 einen Gewinn von 1,3 Mrd. Euro nach Steuern. Der Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann verkündet zudem für den gleichen Zeitraum eine Eigenkapitalrendite von 25 Prozent vor Steuern.

28. APRIL 2009

Bundeswirtschaftsminister Guttenberg rechnet für 2009 mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 3,7 Millionen, für 2010 erwartet er sogar 4,6 Millionen gemeldete Arbeitslose.

29. APRIL 2009

DGB Bundesvorstand
Projektbüro Kapitalismuskongress
Henriette-Hertz-Platz 2
10178 Berlin

DIE CHRONIK DER KRISE

DGB

UMDENKEN

GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress